

Kolumne von Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP
Statt small talk Alternativen

Für den Abend des 2. Dezember hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Konjunkturgipfel ins Kanzleramt geladen. Natürlich war Merkel-Intimus Josef Ackermann unter den mehr als 30 Vertreter von Unternehmen, Banken und Verbänden. Er hatte schon im Vorfeld seine Forderung an die Regierungen der EU-Mitgliedsländer mitgeteilt: Vollkasko für die Banken, sonst gibt's keine Kredite. Denn die Banken wollen wieder höhere Risiken eingehen, ohne sie tragen zu müssen. Das sollen die Regierungen mit dem Geld der Steuerzahler und der Zukunft der Bürger übernehmen. Angela Merkel sicherte denn auch bei dem Treffen zu, dass die Regierung bereit steht, bei dem geplanten Fond zur Kreditversorgung des Mittelstandes den Banken Darlehensrisiken in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro abzunehmen.



Mit am Tisch der Kanzlerin, so berichteten die Zeitungen: die Gewerkschaftsfunktionäre Sommer, Huber und Bsirske. Aber entgegen den Pressemeldungen war die Dreier-Gruppe wohl nicht mit am Tisch der Kanzlerin, sondern an den Katzentisch ausquartiert worden. Anscheinend fühlten sie sich dort aber richtig platziert. Denn von DGB-Chef Sommer war lediglich zu vernehmen, dass die großen Banken noch nicht ausreichend Gegenleistungen für die staatlich gewährten Rettungsmaßnahmen erbracht hätten. Das war's auch schon! Aber zufrieden, diesen Einwurf machen zu dürfen, sorgen er und seine Kollegen dafür, dass die Gewerkschaften nicht aufmucken und die Antikrisen-Strategie von Regierung und Kapital mittragen. Im Gegenzug tastet die Regierung die Rechte der Gewerkschaften nicht an. Warum sollte sie auch? Die Gewerkschaften legen ja selbst kräftig Hand an, die eigene Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit zu untergraben.

Nicht einmal bei Berthold Huber scheinen die Schlussfolgerungen der eigenen Organisation aus dem Ergebnis der Bundestagswahl angekommen zu sein: Die Gewerkschaften könnten sich bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen weniger denn je auf Regierung und Parlamentsmehrheit verlassen, heißt es in der Wahlanalyse der IG Metall. Und die Schlussfolgerung: Die Gewerkschaften werden "mehr denn je auf die Entfaltung der eigenen Kraft angewiesen" sein. Sie müssten "mit eigener Kraft und eigenen Inhalten in die Debatten eingreifen". Zusätzlich müsste sich die IG Metall für die Bildung von breiten Bündnissen von allen, die "an einer fortschrittlichen, demokratischen und sozialen Politik interessiert" sind, engagieren. Und drittens müsste die IG Metall daran arbeiten, "die Blockierung rot-rot-grüner Koalitionen zu überwinden."

Richtige Schlussfolgerungen, die durch die Teilnahme am Krisengipfel

der Herrschenden allerdings konterkariert werden. Noch dazu, wenn die Gewerkschaften nicht "mit eigener Kraft und eigenen Inhalten in die Debatten" eingreifen. Statt small talk mit Kanzlerin und Ackermann müssten gewerkschaftliche Krisengipfel organisiert werden; gemeinsam mit den sozialen Bewegungen und den Linkskräften. Statt mitzuhelfen, den neoliberalen Antikrisen-Strategien den Anschein der Alternativlosigkeit zu verleihen, müssten die Gewerkschaften Alternativen im und zum Kapitalismus erarbeiten.

Das würde dem verbreiteten Unmut gegen die Abwälzung der Krisenlasten eine politische Orientierung für den Kampf um einen sozialen und demokratischen Weg aus der Krise geben. So könnten sich die Gewerkschaften auch dem Verfall von Organisationsmacht und Einfluss entgegenstemmen und ihre Unverzichtbarkeit für den Kampf um soziale Rechte und Demokratie unter Beweis stellen. Dass dann die Gewerkschaftsführungen möglicherweise nicht mehr zu Tisch bei Ackermann und Merkel gebeten werden, dürfte sich verkraften lassen.

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)